

Weniger Einbürgerungen als erwartet

Von Christiane Schlötzer

Berlin – Das seit Jahresanfang geltende neue Staatsbürgerschaftsrecht wird weniger stark in Anspruch genommen, als von der rot-grünen Regierung erwartet. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck (Grüne), rechnet bis zum Jahresende zwar mit einer Verdoppelung der Einbürgerungsanträge auf etwa 200 000. Genaue Zahlen liegen Beck aber noch nicht vor, wie ihr Sprecher am Sonntag der *Süddeutschen Zeitung* bestätigte. Bis zur Jahresmitte sollten die Bundesländer erste Erfahrungen mit dem neuen Recht an Berlin melden, bis jetzt liegen aber nur aus Bayern Daten vor. Das bayerische Innenministerium nannte in einer Mitteilung das Interesse an Einbürgerungen „erheblich“. Die Zahlen aber zeigen auch hier ein differenziertes Bild. In den ersten vier Monaten gingen 12 000 Anträge ein, das entspricht 1,42 Prozent aller Anspruchsberechtigten.

Berlins Innensenator Eckart Werthebach (CDU) hatte jüngst berichtet, in der Bundeshauptstadt sei die Zahl der Anträge gegenüber dem Vorjahr sogar um sechs Prozent gesunken. Werthebach hatte auch darauf hingewiesen, dass nur sehr wenige ausländische Eltern von der auf ein Jahr befristeten Möglichkeit Gebrauch machten, ihre Kinder unter zehn Jahren einbürgern zu lassen. In Bayern gab es bis Ende April Anträge für rund vier Prozent der 80 000 anspruchsberechtigten Kinder (ein Elternteil muss seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben). Im Hause Becks wird dies mit der Gebühr von 500 Mark für jede Einzeleinbürgerung erklärt. Bei einer Familieneinbürgerung sinken die Kosten. Beck forderte die Länder erneut auf, die Gebühren zu senken.

Der Osnabrücker Bevölkerungswissenschaftler Klaus J. Bade meinte, die Zahl der Einbürgerungsanträge habe „nach einem kurzen Neugieranstieg“ offenbar kaum mehr zu genommen. Einen Grund dafür sieht er in der lange künstlich offenen gehaltenen Einwanderungssituation in Deutschland. Während dieser Zeit hätten sich bei vielen Menschen „Doppelidentitäten und Doppelloyalitäten“ herausgebildet. „Die Reform des Gesetzes macht aus frustrierten Einwanderern noch keine glücklichen Deutschen“, sagte Bade. Die Zurückhaltung besonders der Türken habe aber auch mit der Abschaffung der bisher halblegalen Möglichkeit zu tun, neben dem deutschen den türkischen Pass zu behalten. Der umstrittene Sprachtest dagegen scheint nur wenig Hinderungsgrund zu sein. In Bayern bestanden mehr als drei Viertel der Bewerber den Test auf Anhieb. (Seite 4)